

POLITISCHER BERICHT TÜRKEI

ÜBERSICHT

- **Verfahren gegen Orhan Pamuk - EU-Erweiterungskommissar kritisiert scharf die Türkei**
- **Die USA und die Türkei verbessern ihre Beziehungen**
- **Info-Mail**

Verfahren gegen Orhan Pamuk - EU-Erweiterungskommissar kritisiert scharf die Türkei

„Nicht Orhan Pamuk, sondern die Türkei steht vor Gericht“, so kommentierte der finnische EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn am 15. Dezember, einen Tag vor dem Gerichtstermin gegen den jüngsten Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, die Auseinandersetzung um die Meinungsfreiheit in der Türkei.

In der Tat schwebt der Schatten des Verfahrens auch über den EU-Beitrittsbemühungen des Landes am Bosphorus. Rehn sprach sogar von einem „Lackmustest für Freiheit und Ausweitung des Rechtsstaates in der Türkei“.

So beklagten auch eine Anzahl von eigens nach Istanbul angereisten Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP), unter ihnen auch Cem Özdemir und der Türkei-Berichtersteller des EP Camiel Eurlings, dass das Verfahren gegen den türkischen Schriftsteller nicht mit dem europäischen Verständnis von Demokratie und Meinungsfreiheit im Einklang stehe. Sie forderten u.a. die Novellierung des gerade erst neu verabschiedeten türkischen Strafrechts. Insbesondere § 301, der eine Strafe bis zu drei Jahren für die „Verunglimpfung des Türkentums“ vorsieht, steht dabei im Mittelpunkt der Kritik. Wird die Straftat im Ausland begangen, können sogar maximal vier Jahre als Strafmaß angesetzt werden. Die restriktive Anwendung des neuen Strafrechts ist vor allem für die türkischen Journalisten und Schriftsteller und auch für die ausländischen Beobachter eine bittere Enttäuschung. Sie hatten sich von dem neuem Gesetz eher eine Liberalisierung der Rechtsprechung versprochen.

Darüber hinaus verwehrte sich der EP-Abgeordnete der Grünen, Cohn Bendit, gegen den Vorwurf der unrechtmäßigen Einmischung in ein laufendes türkisches Gerichtsverfahren.

In der Presse wird Cohn Bendit mit den Worten zitiert, dass „Meinungsfreiheit nur mit Druck“ durchgesetzt werden könne.

Die Anwesenheit der europäischen Politiker diene vielen türkischen Politikern, u.a. auch Ministerpräsident Erdoğan, und Intellektuellen als eine willkommene Gelegenheit von dem eigentlichen Verfahren abzulenken und sich massiv gegen eine europäische Einmischung in ein laufendes Gerichtsverfahren auszusprechen. Saffet Arıkan Bedük, stellv. Vorsitzender der „Partei des Rechten Weges“ (DYP), bezeichnete die Äußerungen von Rehn als eine Beleidigung. Er meinte, dass diejenigen, die diesen Fall als Propaganda gegen die Türkei nützen wollten, sich zuerst um ihr eigenes Rechtssystem kümmern sollten. Einige türkische Politiker äußerten sich in ähnlicher Weise und spielten damit auch auf die Weigerung der belgischen Justiz an, die aus der Türkei stammende „Terroristen“ Fehriye Erdal endlich der türkischen Justiz zu überstellen.

Vertreter der regierenden AKP hielten sich bisher mit öffentlichen Äußerungen weitgehend zurück. Nur Justizminister Cemil Çiçek griff die Medien an. Sie hätten zuerst den Fall Pamuk aufgebauscht und nun würden sie der Regierung die Reaktion der Europäer vorwerfen.

Politische Beobachter halten der Regierung entgegen, nicht rechtzeitig das Verfahren gegen Pamuk eingestellt zu haben. Der vorsitzende Richter hatte nämlich auf ein Verfahren gegen Pamuk nach dem neuen Strafrecht verzichtet, da seiner Meinung nach die Äußerung des Schriftstellers – in einem Interview einer Schweizer Zeitung hatte Pamuk gesagt, dass auf türkischem Boden 30 000 Kurden und eine Millionen Armenier getötet worden seien – noch vor der Verabschiedung des neuen Strafrechts gefallen seien. Das alte Strafrecht § 159 Absatz 1 müsse angewandt werden, da dies zum Vorteil des Angeklagten sei. Bei einer Anklage wegen „Verunglimpfung des Türkentums“ müsse nämlich nach altem Recht grundsätzlich die Regierung zustimmen. Dem Richter lag zu Prozessbeginn - am Freitag, dem 16. Dezember 2005 - aber noch keine Entscheidung des Justizministeriums über Aufnahme oder Ablehnung des Verfahrens vor und deswegen vertagte er die Sitzung auf den 7. Februar 2006.

Die Tatsache, dass das Justizministerium noch keinen Entschluss mitgeteilt hat, wird von vielen politischen Beobachtern als ein Indiz dafür gewertet, dass es nicht zu einem Verfahren gegen Pamuk kommen wird. Hätte die Regierung aber bereits vor dem angesetzten Gerichtstermin die Aufnahme des Prozesses abgelehnt, würden heute sicherlich viele Nationalisten und die Opposition der Regierung vorwerfen, auf ausländischen Druck hin gehandelt zu haben.

Pamuk selbst hat gegenüber den Medien betont, dass sein Prozess seiner Meinung nach „überdramatisiert“ würde. Vieler seiner Freunde hätten Jahre vor Gericht und auch einige Zeit im Gefängnis verbracht, weil sie ähnliche Tabus gebrochen hätten. „Ich lebe in einem Land, in dem bei jeder Gelegenheit Paschas, Heilige und Polizisten geehrt werden, das gleiche Land verweigert aber seinen Schriftstellern diese Anerkennung solange, bis sie Jahre vor Gericht und im Gefängnis verbracht haben. Ich kann nicht sagen, dass ich überrascht war, als ich angeklagt wurde“, so Pamuk gegenüber einer Zeitung.

Ein Korrespondent der BBC berichtete, dass das Verfahren gegen Pamuk Teil eines gesellschaftlichen Kampfes zwischen denjenigen sei, die das Land öffnen und in die EU führen wollten und den EU-Gegner, die das Ansehen der Türkei schädigen wollten.

Das Verfahren gegen Pamuk wäre aber auch eine gute Gelegenheit für die Regierung einen Präzedenzfall zu schaffen, der dann Auswirkungen auf andere laufende Verfahren zur Meinungsfreiheit haben könnte.

Die Diskussion um die Meinungsfreiheit in der Türkei wird also zumindest bis auf weiteres auf der nationalen und internationalen Tagesordnung bleiben. Auch wenn selbst Pamuk nicht davon ausgeht, dass er in das Gefängnis muss, so belastet doch die Debatte um die Meinungsfreiheit in der Türkei zunehmend das Ansehen des Landes in Europa.

USA und Türkei verbessern ihre Beziehungen

Die Besuche des FBI-Chefs Robert Müller und des CIA-Chefs Porter Goss in Abstand von nur einem Tag veranlassten die türkische Presse Mitte Dezember zu wilden Spekulationen, insbesondere hinsichtlich eines gemeinsamen Vorgehens beider Staaten gegen die PKK.

Tatsache ist, dass die Türkei und die USA ein großes Interesse daran haben, ihrer „strategischen Partnerschaft“ neue Impulse zu verleihen. Mit der Weigerung vor dem Irak-Krieg den US-Truppen als Aufmarschgebiet zu dienen, sah sich die Türkei in den vergangenen Jahren mit einem Abkühlen der beiderseitigen Beziehungen konfrontiert. Es scheint nun, dass mit dem Rückenwind der jüngsten politischen Entwicklungen in der Region des Nahen Osten beide Seiten in der letzten Zeit einen Erkenntnisprozess durchgemacht hätten: Beide Staaten könnten durch eine Ausweitung der strategischen Zusammenarbeit erheblich voneinander profitieren. Die US-offiziellen Stellen bemühten sich zwar, das zeitliche Zusammenfallen der beiden Besuche als reinen Zufall darzustellen, auch stünden die Besuche in keinem direkten Zusammenhang mit den Wahlen im Irak, überzeugen konnten sie aber damit zumindest die Presse nicht.

Im Zentrum der Gespräche der beiden hochrangigen Amerikaner mit den türkischen Gesprächspartnern standen neben dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus und der PKK sicherlich auch die strategischen Fragestellungen in der Region. Nordirak, die Stabilität im Irak und die aktuellen Entwicklungen in Syrien und im Iran sollten genug Gesprächs- und „Spreng“-stoff geboten haben. Nach Ansicht politischer Beobachter würden Ankara und Washington seit einiger Zeit ihre Bedenken über die politische Entwicklung in der Region weitgehend teilen und es gäbe Ansätze einer Annäherung der Standpunkte beider Länder über die Zukunft des Iraks.

Die Türkei erwartet sich von einer engeren Kooperation mit den USA im Sicherheitsbereich ein entschiedeneres Vorgehen der USA gegen die PKK - vor allem im Norden des Iraks - und ein Einwirken auf die europäischen Verbündeten, die finanzielle und logistische Unterstützung der PKK völlig zu unterbinden. Die USA versprechen sich von einem verbesserten Informationsaustausch mit dem türkischen Geheimdienst MIT (Joint Intelligence Pool) vor allem eine effektivere die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, vor allem von Al Qaida.

In diesem Kontext passt auch gut, dass Washington nach einer längeren Zeit der Vakanz den Botschafterposten in Ankara wieder neu besetzt hat. Der neue US-Botschafter Ross Wilson bestätigte in seiner ersten Pressekonferenz Mitte Dezember in Ankara, dass die

hochrangigen jüngsten Besuche Ausdruck einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern seien. "We 're trying to shape our relations for the 21st century", so der Botschafter.

Aber auch auf militärischem Gebiet ist der „Frontstaat“ Türkei ein gefragter Gesprächspartner. Der Kommandeur der türkischen Landstreitkräfte General Büyükanıt ist am 18. Dezember 2005 von einer längeren USA-Reise rechtzeitig zurückgekehrt, um den NATO-Generalsekretär begrüßen zu können. In den nächsten Tagen steht der Besuch der französischen Verteidigungsministerin und des Generalstabschef der israelischen Streitkräfte an.

Info-Mail

+++ Zum zweiten Mal innerhalb von kurzer Zeit führte die die EVP eine Veranstaltung in Istanbul durch. „Foundations for European Solidarity and Cooperation making Enlargement possible“ war das Thema des 9. Dialogs der Orthodoxen Kirche und der EP-Fraktion der EVP/ ED vom 20. – 21. Oktober 2005. Im Mittelpunkt stand dabei die Situation der Griechisch-Orthodoxen Kirche in der Türkei. Der Kongress gab auch ein deutliches Signal an den türkische EVP-Partner und türkische Regierungspartei AKP, die ausstehenden und zugesagten Reformen zur Sicherstellung der Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaft auch umzusetzen. Am 30. November tagte die EVP Arbeitsgruppe Nr. 3 „Erweiterung und EVP-Mitgliedschaft“ ebenfalls in Istanbul. Der Vorsitzende der EVP, Wilfried Martens, traf während des Workshops auch mit dem AKP-Parteivorsitzenden Erdoğan in Ankara zusammen. Die angestrebte „Assoziierte Mitgliedschaft“ der AKP in der EVP kam dabei auch zur Sprache. +++ Für viel Wirbel in der in- und ausländischen Presse hat ein angebliches „Alkoholverbot“ in einigen Städten der Türkei gesorgt. Tatsache ist, dass die Regierung im Rahmen der Kommunalreform Gesetze zu einer stärkeren Dezentralisierung der Entscheidungskompetenzen verabschiedet hat. Den Städten und Gemeinden ist es u.a. nun auch erlaubt, die Vergabe von Lizenzen zum Verkauf von Alkohol selbständig zu regeln. Einige Kommunen sind nun daran gegangen, Gebiete auszuweisen, in denen Alkohol verkauft bzw. nicht verkauft werden darf. Einige Städte und auch ein Stadtteil von Istanbul wollen von dieser neuen Gesetzeslage gebrauch machen und den Alkoholverkauf zum „Schutze der Jugend und der Gesundheit“ auf bestimmte Stadtgebiete begrenzen. +++ Anlässlich des 71. Jahrestages der Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen in der Türkei wies Parlamentspräsident Arınc auf die ungenügende Beteiligung von Frauen in der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hin. Es gibt z.Zt. nur 24 weibliche Abgeordnete im türkischen Parlament, das entspricht einer Quote von 4,4%, nur eine Frau im Kabinett und 18 Bürgermeisterinnen im Land. +++ Finanzminister Unakıtan wies in seiner Budgetrede daraufhin, dass alle geplanten Privatisierungen für die letzten drei Jahre umgesetzt worden sind. Rund 26,3 Mrd. US\$ konnten so eingenommen werden. +++ Ministerpräsident Erdoğan kündigte zum 1. Januar 2006 eine Senkung der Körperschaftsteuer um 10% auf 20% an. Wirtschaftsminister Babacan bezifferte die Höhe der ausländischen Direktinvestitionen für das erste Halbjahr 2005 mit 2,9 Mrd. US\$. Im gesamten Vorjahr belief sich diese Summe auf insgesamt nur 2,8 Mrd. US\$. +++ Eine Untersuchung der türkischen Bildungsgewerkschaft (Türk Eğitim-Sen) in Zusammenarbeit mit der OECD hat die unterschiedlichen Einkommensniveaus im Bildungssektor in diesen Ländern analysiert. Demnach erhält ein Junglehrer in der Türkei ein Jahresgehalt von 5.324 Euro. Das Salär von Kollegen in Luxemburg betrage 37.923 Euro, in

Deutschland 31.843 Euro, in Dänemark 27.936 und in Griechenland 19.499 Euro. Die Situation bei den Lehrern mit 15 Jahren Berufserfahrung ist nicht besser: Türkei 6.616 Euro, Luxemburg 52.224 und Deutschland 39.204 Euro. +++ Das türkische Gesundheitsministerium bietet mit dem neuen Jahr 2006 türkeiweit Informationskurse für Heiratswillige an. Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Universitäten sollen junge Paare u.a. Informationen zu Themen wie Gewalt in der Ehe, Scheidung, Sexualberatung etc erhalten. Das Ministerium reagiert damit auf zunehmende Geburten von Unverheirateten, Vergewaltigungen in der Ehe, fehlende Sexualberatung und Gewalt in der Familie. Das Projekt soll erst einmal in den Pilotregionen ausprobiert werden, bevor man entscheidet, ob diese Kurse dann verpflichtend gemacht werden sollen. +++ Das Geschäftsbeziehungen in einer globalen Welt kaum mehr politischen Vorbehalte kennen, zeigt die rasante Entwicklung der türkisch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen. Das Handelsvolumen zwischen den beiden Nachbarstaaten beträgt nach den ersten 10 Monaten des Jahres 2005 schon über drei Mrd. USD. Dies ist ein Anstieg von 55,6% zum Vergleichszeitraum im Vorjahr. 2,4 Mrd. dieses Handelsvolumens bestehen aus türkischen Importen aus dem Iran. In den ersten sieben Monaten 2005 haben 501.000 iranische Touristen die Türkei besucht, dies sind immerhin 4.28% aller ausländischen Touristen. +++ Nachdem Parlamentspräsident Bülent Arınç prinzipielle Bereitschaft bei der Änderung der parlamentarischen Geschäftsordnung betreffend der Aufhebung der Immunität der Abgeordneten signalisierte, sind die Diskussionen wieder aufgebrochen. Nun hat sich der AKP-Abgeordnete und Vorsitzende des Verfassungsausschusses Prof. Dr. Burhan Kuzu in die Diskussion eingeschaltet. Die Immunität müsse noch einige Jahre beibehalten werden, solange bis sich die Gesellschaft hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie weiter entwickelt habe. Die Immunität sei überdies in Dänemark, Spanien, der Tschechischen Republik, Italien und Griechenland in der gleichen Weise geregelt wie in der Türkei. +++ Die Republikanische Volkspartei (CHP) muss per Gerichtsentscheidung ca. 1,5 Mio. Euro an den „Rat der Türkischen Sprache“ (TDK) zahlen. Hintergrund dieser Entscheidung sind Aktien der größten türkischen Privatbank İş Bankası. Mustafa Kemal Atatürk hatte 1924 mit privatem Geld ca. 50% des Startkapitals dieser Bank beigesteuert. Die İş Bankası ist mittlerweile die größte türkische Bank. In seinem Testament hatte Atatürk bestimmt, dass die jährliche Rendite an seine Partei weiter ausbezahlt werden soll, die jedoch nur Treuhänder des Geldes sein sollte. Ein Teil des Geldes sollte lebenslang seiner Adoptivtochter Sabiha Gökçen, ein weiterer Teil für die Ausbildung der Kinder İsmet İnönüs und der Rest an den „Rat für die Türkische Sprache“ und dem „Türkischen Geschichtsrat“ überwiesen werden. Seitdem seine Adoptivtochter verstorben ist und die Kinder İnönüs erwachsen sind, wurde die Rendite zwischen den beiden Institutionen aufgeteilt. Die CHP hatte zwischenzeitlich die Zahlungen eingestellt, weil ihrer Meinung nach der „Rat für die Türkische Sprache“ nicht mehr die Identität besitzen würde, die bei der Gründung durch Atatürk vorgeherrscht habe. So kam es zu den Klagen und es steht noch ein weiterer Streitwert von 10 Mio. Euro aus. +++

Ankara, den 19. Dezember 2005

Frank Spengler